

Gemeinsame Presseaussendung am 28.2.2020 der [IG Flex](#), [KUPF OÖ – Kulturplattform Oberösterreich](#), [IG Kultur Österreich](#), [Dachverband Salzburger Kulturstätten](#), [TKI – Tiroler Kulturinitiativen](#), [IG Kultur Wien](#), [IG KiKK – IG der Kulturinitiativen in Kärnten/Koroška](#), [IG Kultur Steiermark](#), [IG Kultur Burgenland](#) und der [IG Kultur Vorarlberg](#).

Zu Santa Precaria pocht Bündnis auf einen Gipfel zu prekärer Beschäftigung

Der 29. Februar ist der internationale Aktionstag der prekär Beschäftigten. Somit wird der 2001 in Italien am Schalttag initiierte Aktionstag der selbstgewählten Schutzheiligen Santa Precaria nur alle vier Jahre begangen. In vielen Ländern finden dazu Aktionen, Kundgebungen und Veranstaltungen statt und auch in Österreich wurde der Tag seit 2008 von Seiten der GPA-djp, des ÖGB, der AK, der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung, der Armutskonferenz und von Kulturinitiativen genutzt um auf die Probleme der prekär Beschäftigten aufmerksam zu machen.

Denn rund ein Drittel aller Beschäftigten in Österreich arbeitet inzwischen in atypischen Beschäftigungsformen, von den erwerbstätigen Frauen sogar mehr als die Hälfte. Im Durchschnitt werden atypisch Beschäftigte um 25 Prozent schlechter bezahlt und viele von ihnen sind auch rechtlich schlechter gestellt als Beschäftigte, die unbefristet in Vollzeit arbeiten. Rund 300.000 Beschäftigte gelten als „working poor“, als arm, obwohl sie arbeiten. Zudem ist ein Drittel aller Erwerbstätigen nicht einmal ein Jahr durchgehend im gleichen Job für den gleichen Arbeitgeber tätig, wodurch auch ihre Gehälter weit weniger steigen als die von Beschäftigten, die dauerhaft im gleichen Unternehmen arbeiten. Daher fordert nun ein **Bündnis** aus der IG Flex in der GPA-djp, KUPF OÖ – Kulturplattform Oberösterreich, IG Kultur Österreich, Dachverband Salzburger Kulturstätten, TKI – Tiroler Kulturinitiativen, IG Kultur Wien, IG KiKK – IG der Kulturinitiativen in Kärnten/Koroška, IG Kultur Steiermark, IG Kultur Burgenland und der IG Kultur Vorarlberg umgehend einen Gipfel zur Erarbeitung von Lösungen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse.

Besonders auch Kulturbereich betroffen

Die Interessenvertretungen der unabhängigen Kunst- und Kulturszene weisen seit vielen Jahren auf die dramatische soziale Lage der KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen Österreichs hin. Im Jahr 2008 bestätigte die Studie „Zur sozialen Lage der Künstler und Künstlerinnen in Österreich“, beauftragt vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, auch erstmals offiziell die beunruhigende Situation. Beim Update zehn Jahre danach, im Jahr 2018, hatten sich trotz verschiedenster Optimierungsmaßnahmen keine wesentlichen Verbesserungen etabliert. **Rund ein Drittel der im Kunst- und Kulturbereich tätigen Menschen ist nach wie vor akut armutsgefährdet.** Während 14 % der Gesamtbevölkerung und 8 % der Erwerbstätigen zu den einkommensschwachen Haushalten zählen, muss ein Drittel der für die Studie Befragten dieser Gruppe zugerechnet werden. Veronika Bohrn Mena von der IG Flex dazu: "Der Kunst und Kulturbereich war und ist immer auch eine Art Experimentierfeld für Auftraggeber*innen: Dort lässt sich gut erforschen, wie weit man gehen kann, ehe die Irritation über ein Angebot so stark ausfällt, dass es schließlich doch reicht und es auf ein „Nein“ der Arbeitnehmer*innen stößt. Gerade deswegen ist es so wichtig, dass wir jetzt alle zusammen deutlich "Nein" sagen und auf bessere Arbeitsbedingungen und der dafür notwendigen Finanzierung bestehen!"

Für die Interessenvertretungen ist klar, dass es rasch zu einer deutlichen Aufstockung der Budgetmittel im Kulturbereich kommen muss, um diese dramatische Lage zu entschärfen. KUPF OÖ Geschäftsführer Thomas Diesenreiter dazu: "Wie kann sich Österreich eine Kulturnation nennen, wenn ein Drittel der Kulturschaffenden in Armut leben muss? **Die neue Bundesregierung und die Bundesländer sind aufgefordert zu handeln, damit Fair Pay nicht nur ein Schlagwort im Regierungsprogramm bleibt.**" Die Interessenvertretungen des Kulturbereichs haben [erst kürzlich eine österreichweite Erhebung](#) gefordert, um das Ausmaß der prekären Beschäftigung und der Finanzierungslücke im Kulturbereich zu erfassen.

Neben den niedrigen Einkommen sind es aber vor allem die Unsicherheit, mangelnde Perspektiven und schlechte soziale Absicherung, die prekär Beschäftigten stark zusetzen. „Es liegt auch in der Verantwortung der öffentlichen Hand, dass KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen nicht nach einem schlecht bezahlten Erwerbsleben nahtlos in die Altersarmut rutschen“, so Helene Schnitzer, Geschäftsführerin der TKI – Tiroler Kulturinitiativen. Nicht zu wissen, wie hoch das Einkommen am Monatsende oder im kommenden Monat ausfallen wird, wann mit dem nächsten Auftrag zu rechnen ist und die Angst vor Arbeitslosigkeit wirken zermürbend. Diese Unsicherheit beeinflusst die Gesundheit, das soziale Umfeld, die Ernährung und die gesamte Lebensführung von prekär Beschäftigten.

Deswegen fordern wir für alle Arbeitenden:

- Eine solide soziale Absicherung
- Lebenssichernde Einkommen & Honorare
- Das Recht auf Weiterbildung
- Das Recht auf Mitbestimmung
- Das Recht auf Lebensperspektive
- Das Recht auf Planungssicherheit
- Mutterschutz für alle Frauen
- Die Koppelung von öffentlichen Geldern für Unternehmen, die die Kollektivvertraglichen Mindeststandards einhalten
- Und Unterstützung für AlleinerzieherInnen

28.2.2020

Rückfragen:

TKI – Tiroler Kulturinitiativen

Helene Schnitzer

TKI-Geschäftsführung

0680 2109254

office@tki.at

www.tki.at